Politische Rundschau.

Deutschland.

* Eine Abordnung des russischen Wyborger Regiments wird dem Kaiser, als Chef, ein Schlachtengemälde überbringen, das die Erstürmung der Wantunghöhen im letzten Kriege gegen Japan durch das Regiment darstellt.

* Bei Besprechung des Etatsrede des deutschen Reichskanzlers heben die französischen Blätter hervor, daß die deutsche Regierung im Verlaufe der letzten 20 Jahre wiederholt bei Wahlen, und zwar stets erfolgreich an das deutsche Nationalgefühl appelliert habe. Im Interesse Frankreichs sei es wünschenswert, daß Deutschland nicht als einziges europäisches Reich sich eines solchen tiefgehenden Verständnisses der Wählerschaft erfreue. An Frankreich sei es jetzt, dem deutschen Beispiel zu folgen und einen gesunden Nationalismus im Volke zu wecken.

* Der Postdampfer „Professor Wörmann" ist, mit 10 Offizieren und 310 Unteroffizieren und Mannschaften aus Südwestafrika kommend, vor Kuxhaven eingetroffen.

Österreich-Ungarn.

* In politischen Kreisen Böhmens erregt es große Aufregung, daß die Staatsanwaltschaft gegen zahlreiche deutsche und tschechische radikale Abgeordnete das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet hat, deren Immunität infolge der Reichsratsauflösung erloschen ist. Die Deutschen und Tschechen wollen aber gegen diese Maßnahme einen Protest im Landtage einbringen.

* In Budapest droht ein neuer Skandal auszubrechen. Der frühere Ministerpräsident Tisza soll aufgefordert werden, über die Verwendung des Dispositionsfonds von 2 000 000 Kronen ausführliche Angaben zu machen. Es heißt weiter, daß aus den Akten hervorgehe, daß ein früherer Handelsminister 19 000 Kronen in eigenem Interesse aus dem Dispositionsfond verwendet habe.

Frankreich.

* Nachdem, wie übereinstimmend aus Rom und Paris gemeldet wird, die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung endgültig gescheitert sind, beginnt man mit der Veröffentlichung der seinerzeit in der Nunziatur zu Paris beschlagnahmten Papiere. Es erscheint sehr fraglich, ob dieses merkwürdige Mittel den Vatikan veranlassen wird, nun plötzlich seinen Standpunkt zu ändern.

* In der Deputiertenkammer entspann sich wegen der traurigen Verhältnisse auf der Westbahn eine lebhafte Debatte, im Verlaufe welcher die Regierung heftig angegriffen wurde. Schließlich aber erhielt Herr Clemenceau mit seinen Mannen wieder ein Vertrauensvotum mit 422 gegen 117 Stimmen.

England.

* Die Regierung ließ dem Prinzen Heinrich der Niederlande und den Rettungsmannschaften für ihr Verhalten bei der Schiffskatastrophe bei Hoek wärmste Anerkennung und tiefsten Dank aussprechen. König Eduard wird dem prinzlichen Retter einen hohen Orden verleihen.

* Dem Armeereformplane des Kriegsministers Haldane zollen auch die sonstigen Regierungsgegner ungeteilten Beifall. Es heißt, Haldanes Plan sei der letzte Versuch auf der Grundlage des Freiwilligen-Systems, und wenn dieser fehlschlage, würde man klar sehen.

Italien.

* Wie aus Rom berichtet wird, empfing der Papst drei französische Bischöfe und teilte ihnen amtlich mit, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung abgebrochen seien und keine Hoffnung mehr auf Erzielung eines Einvernehmens vorhanden sei. Er fügte einige Weisungen hinzu, die ungefähr folgendermaßen lauten: Die Priester mögen nach wie vor in den Kirchen bleiben, welche Entscheidungen auch immer die französische Regierung treffen möge.

Holland.

* Die Lösung der Ministerkrisis gestaltet sich sehr schwierig. Gegenüber Gerüchten, daß das Ministerium ohne den Kriegsminister Staal im Amte verbleiben würde, wird amtlich gemeldet, daß die Minister sich keinesfalls von Staal trennen wollen. Falls das Ministerium im Amte verbleibt, weil die Rechte die Kabinettsbildung nicht übernehmen will, so wird also auch Staal, der den gegenwärtigen Konflikt heraufbeschworen hat, mit der Führung des Kriegsministeriums betraut bleiben.

Norwegen.

* Das Kabinett in Christiania beabsichtigt sich noch einmal an die Mächte zu wenden, um eine Erneuerung des (gemeinsam mit Schweden) 1855 geschlossenen Neutralitätsvertrages durchzusetzen. Schweden hat dagegen wiederholt auf die Erneuerung des Neutralitätsvertrages ausdrücklich verzichtet.

Rußland.

* Der Minister des Innern hat den in Aussicht genommenen allrussischen Kongreß der Partei für Volksfreiheit untersagt. Das Zentralkomitee der Partei hält es nunmehr nicht für angebracht, den Kongreß überhaupt, etwa in Helsingfors, einzuberufen. Wohl aber wird in Petersburg vor der Eröffnung der Reichsduma eine Beratung der der Partei angehörenden Abgeordneten über die fernere Taktik der Partei erfolgen.

Balkanstaaten.

* Die Bandenkämpfe in Mazedonien dauern fort, trotz aller Anstrengungen der türkischen und bulgarischen Regierung. Am Jenidischesee hat ein heftiger Kampf zwischen bulgarischen und griechischen Banden stattgefunden; die Bulgaren verloren 32 Mann und die Griechen fast ebensoviel.

Amerika.

* Die Regierung der Ver. Staaten hat beschlossen, keine Angebote für den Bau des Panamakanals anzunehmen.

* Der Senat der Ver. Staaten genehmigte den Vertrag mit der Republik San Domingo über die Erhebung der Steuern durch die Ver. Staaten.

* In dem blutigen Bruderkriege der beiden mittelamerikanischen Staaten scheint Nicaragua die größten Erfolge zu haben. Wie berichtet wird, haben die Truppen der Republik Nicaragua die Stadt San Marcos in Honduras eingenommen.

Japan.

* Der deutsche Botschafter in Tokio, Frhr. Mumm v. Schwarzenstein, ist vom Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen.

Afrika.

* Nach der Generalversammlung der marokkanischen Staatsbank traten die Mitglieder des Verwaltungsrates zusammen, um ihr Bureau zu wählen. Zum Präsidenten wurde Leopold Renouard gewählt, zu Vizepräsidenten Fischel-Berlin, Amezqueta y Rieto und Sydney Peel. Die Staatsbank scheint sich also demnach endlich zu verwirklichen.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Dienstag die erste Etatsberatung fortgesetzt. Abg Bebel (soz.) besprach zunächst das Bündnis der Sozialdemokratie mit dem Zentrum. Er gab einen Überblick über alle Parteien, die schon Unterstützung von der Sozialdemokratie erhalten, erbeten oder ihr gewährt haben, und es fehlte so ziemlich keine darunter. Dann wandte er sich gegen die Wahlbeeinflussung der Regierung, die nach seiner Meinung zur Kassierung mindestens der Hälfte aller Reichstagsmandate führen müsse. Dann brachte er Klagen über die Rückständigkeit der deutschen und preußischen Regierungen vor. Reichskanzler Fürst Bülow erwiderte dem Abg. Bebel, daß zur Wahlagitation von der Regierung auch nicht ein Pfennig amtlichen Geldes aufgewandt worden sei, und daß die Behauptung sozialdemokratischer Wahlagitatoren, die starke Truppenbesatzung in Südwestafrika solle eine ständige Drohung gegen Englands dortigen Besitz sein, eine reine und dazu höchst vaterlandsfeindliche Erfindung sei. Die Niederlage der Sozialdemokratie sei die wohlverdiente Strafe für den engherzigen philiströsen Geist, für das autokratische Regime Bebels und für ihren Sanherdenton, den sie im verflossenen Wahlkampf gegen all und jede Partei angewandt habe. Er führte ihre Niederlage darauf zurück, daß die Politik der Sozialdemokratie immer antinationaler, immer phantastischer, revolutionärer geworden sei. Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.) erklärte sich im allgemeinen mit den Gedankengängen, Plänen und Handlungen der Regierung einverstanden und billigte auch die Aufbesserung der Reichsbeamtengehälter. Redner forderte alle bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie auf.

Am Mittwoch wird zunächst ein schleunniger Antrag Albrecht angenommen betr. vorläufige Einstellung eines gegen den Abg. Stücklen schwebenden Strafverfahrens.

Sodann wird die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Wiemer (frs. Vp.): In unsrer Genugtuung hat der Liberalismus durch die Wahlen eine ausschlaggebende Stellung in diesem Hause erlangt. Meine Freunde sind durchaus bereit, positive Arbeit zu leisten, aber — es wird darauf ankommen, was für Vorlagen an den Reichstag gelangen werden. An dem, was notwendig ist zur Wahrung der Interessen der Nation, werden wir stets positiv mitarbeiten, aber — nach eigener selbständiger Entscheidung! Wenn wir in dieser einen Frage am 13. Dezember zur Genugtuung des Reichskanzlers auf seiten der Regierung standen, so sind wir doch keineswegs gewillt, von unsern grundsätzlichen Anschauungen irgend etwas preiszugeben. Der Herr Reichskanzler hat uns gestern verschiedene Reformen in liberalem Geiste in Aussicht gestellt. Hoffentlich ist es ihm voller Ernst mit diesen Verheißungen. Die Frage ist und bleibt nur, welche Gestalt diese Vorlagen haben werden, nachdem sie die verschiedenen Reichsämter passiert haben werden. Der Reichskanzler wird auch fest bleiben müssen gegenüber Widerständen von rechts. So namentlich auch in der Frage der Reform des Börsengesetzes und der Revision der Wahlkreiseinteilung. Herr Bebel hat gestern den politischen Boykott verurteilt, aber es wird ihm nicht unbekannt sein, daß die Sozialdemokratie damit den größten Unfug getrieben hat. Redner geht sodann auf den Etat ein und sagt u. a.: Wenn wir neue Mittel bewilligen sollen, müssen wir zunächst den Nachweis verlangen, daß die Eröffnung neuer Einnahmequellen überhaupt notwendig ist. Sodann aber werden wir auch gerade in Steuerfragen darauf dringen müssen, daß bei der Paarung konservativen und liberalen Geistes der liberale nicht zu kurz kommt. Der Redner spricht dann über Handels- und Zollpolitik und fährt fort: Der Herr Reichskanzler hat hier das Lob des Flottenvereins gesungen, wir können in dieses Lob nicht einstimmen. Eine verständige Kolonialpolitik billigen wir. Wir werden daher auch für die Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes stimmen. Wir begrüßen, daß eine zweite Haager Friedenskonferenz zustande kommt, und hoffen namentlich, daß die Regierung dort für einen Ausbau des Seerechts eintreten wird. Wir werden bestrebt sein, in freiheitlicher Entwickelung dem Bürgertum die seiner wirtschaftlichen und geistigen Bedeutung entsprechende Stellung zu verschaffen.

Abg. Gamp (freikons.): Ich bedaure, daß der Reichsschatzsekretär es moniert hat, daß aus dem Zolltarif Gelder für die Witwen- und Waisenversicherung zurückgestellt werden müssen. Das ist einmal vom Reichstag beschlossen worden. Das Erlassen der Matrikularbeiträge für die Bundesstaaten halten wir nicht für gerechtfertigt. Die Betriebsmittel des Reiches müssen erhöht werden, unhaltbar ist es, mit Schatzanweisungen Jahre hindurch sich zu behelfen. Wir wünschen eine Reform der Fahrkartensteuer. Die Einführung einer Weinsteuer ist gerechtfertigt, nachdem eine Bier- und Branntweinsteuer eingeführt ist. Die Gehaltsregulierung der Beamten ist dringend erforderlich, das Mißverhältnis in dem Einkommen z. B. eines Briefträgers und Industriearbeiters muß beseitigt werden. Die Sozialpolitik soll nicht nur frei von Schikanen gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Arbeitgeber sein. Wir verlangen, daß alle Staatsressorts angewiesen werden, ihre Bedürfnisse vom Handwerk zu beziehen. Die Viehzucht muß geschützt werden. Über die Tätigkeit des Flottenvereins enthalte ich mich jeder Äußerung, nur darin stimme ich dem General Keim nicht bei, daß er die Wahl eines Sozialdemokraten der eines Zentrumsmannes vorzieht. Das Zentrum hat viele große sozialpolitische Arbeiten nach seiner besten Überzeugung aus Patriotismus zustande gebracht. Ich glaube, unsre Ziele werden uns wieder mit dem Zentrum zusammenführen. Herr Bebel wird wohl etwas zurückhaltender werden, nachdem so viele seiner Freunde nicht wiedergekommen sind. Für eine Reichs-Vermögenssteuer werden wir nie zu haben sein, eine Reform im Matrikularwesen würde genug Geld für das Reich flüssig machen. Es ist dringend nötig, daß ein Gesetz eingebracht wird, durch das die Arbeitswilligen gegen Drangsalierung und Torschlag seitens der Streikenden geschützt werden.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Es war nicht glücklich, die nationalen Katholiken gegen das Zentrum auszuspielen; das kann nur ein Lächeln hervorrufen. Die ganze Welt beneidet Deutschland um sein Zentrum. Wir hoffen, daß auch die preußische Staatsverwaltung in der Polenfrage stets dem Leitstern ewiger Wahrheit folgen werde. Das preußische Schulgesetz ist das Gegenteil von allem kulturellen Fortschritt. Es wird eine systematische Ausrottung unsrer Muttersprache bezweckt. Durch diese Verfolgung haben Sie die Erregung geschaffen, die auf die jetzige heuchlerische Stellung der Regierung zurückzuführen ist. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung.) Wir haben das Recht, hier im Reichstag eine besondere nationale Stellung einzunehmen. Durch Gottes Fügung sind wir vollberechtigte Mitbürger Preußens und Deutschlands. Unsrer Verpflichtung gegen die Regierung sind wir in den Kriegen von 1864, 66, 70 nachgekommen, als Dank haben wir die Entrechtung bekommen. Unsre Nationalität wird uns niemand rauben können. Unsre Pflichten werden wir weiter erfüllen. Die Kolonialpolitik muß im Geiste des Christentums erfolgen, sonst machen wir sie nicht mit, wir sind aber erst für überseeische Unternehmungen zu haben, wenn die Polen besser behandelt und nicht unter die Eingeborenen gestellt werden.

Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky: Ich habe stets erklärt, daß die Polenfrage eine speziell preußische Frage ist und nicht vor dieses Haus gehört. Heute hat der Vorredner selbst zugestanden, daß die hier vorgebrachten Fragen nicht zur Kompetenz des Reichstages gehören. Der Abgeordnete hat aber zwei Bemerkungen gemacht, die nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen dürfen. Er hat gesagt, daß diejenigen Maßregeln der preußischen Regierung, die eine Beschränkung der Parzellierungstätigkeit in den sogenannten polnischen oder gemischtsprachigen Landesteilen anordnen, ungesetzlich seien. Diese Behauptung kann der Vorredner nicht aufrecht erhalten, denn die preußische Regierung ergreift diese Maßregeln auf Grund eines legitim zustande gekommenen preußischen Gesetzes. Ferner hat der Abgeordnete erwähnt, die verbündeten Regierungen dürften sich nicht wundern, wenn die Polen innerhalb dieses Hauses eine besondere nationale Stellung beanspruchen. Ich muß dem Vorredner entgegnen, daß ein solcher Anspruch verfassungsmäßig sich nicht begründen läßt. Denn nach der Reichsverfassung ist jedes Mitglied dieses Hauses Vertreter des gesamten deutschen Volkes. Die Reichsverfassung kennt keine besondere nationale Stellung eines Abgeordneten, und jeder Abgeordnete in diesem Hause darf nur Vorschläge erörtern und Vorschläge vertreten, die sich mit dem Wohle und der Sicherheit des gesamten Deutschen Reiches vertragen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (wirtsch. Vgg.): Eine Erziehung zur Arbeit ist bei den Polen Gott sei Dank nicht nötig, denn freiwillig werden sie sich doch nicht unter die Hottentotten stellen. Zugestanden wird, daß die Polen im Kriege ihre Schuldigkeit getan haben. Die Polen sind Preußen, aber zu Dank verpflichtet für den Wohlstand und die Bildung, die sie erlangt haben. Vergleichen Sie doch einmal die preußischen Polen mit den galizischen! Wir hoffen, daß das selbständige Kolonialamt zustande kommt; dem Kolonialdirektor zollen wir vorbehaltlose Anerkennung. Den mit dem Blute unsrer Söhne gedüngten Boden Afrikas dürfen wir nicht wieder preisgeben. In der sozialen Gesetzgebung darf der Mittelstand, das Handwerk nicht vergessen werden, die besitzenden, wohlhabenden Klassen, die Vertreter des internationalen Kapitals tragen viel zu wenig zu diesen Reformen bei. Das Weingesetz muß geändert werden. Die Wahlpflicht muß eingeführt werden als Wehrpflicht gegen den Umsturz. Man sollte der Regierung einen Wahlfonds bewilligen. Die Regierung soll nicht in Abhängigkeit von der Großindustrie gebracht werden. Wir haben zu den Wahlen keine pekuniäre Unterstützung der Regierung oder des Flottenvereins bekommen. Die Unterstützung der Sozialdemokraten lehnen wir durchweg ab. Es ist kein Anlaß vorhanden, in hochtönenden Worten von der notdürftig geflickten Einigung zu reden. Abg. Wiemer wittert für den Freisinn frische Morgenluft; aus der Rede des Reichskanzlers kann er diese nicht schöpfen. Die Liberalen haben sehr wenig Positives geleistet. Die letzte Schlacht ist trotz der Niederlage der Sozialdemokratie noch nicht geschlagen. Die Sozialdemokraten arbeiten schon jetzt in Berlin mit Flugblättern; seien auch wir auf dem Posten, wir müssen die Avantgarde sein im Kampfe für unser deutsches Volk und in unsrer Treue zu Kaiser und Reich.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel verteidigt sich gegen die Auffassung, als ob er ein Gegner der lex Trimborn, die die Reservierung eines Teils der Ergebnisse des Zolltarifs für die Witwen- und Waisenversorgung vorsieht, sei.

Darauf tritt Vertagung ein.

Getreu bis in den Tod.

25] Erzählung von Martha Neumeister.

(Nachdruck verboten.)

All die lieben vertrauten Gegenstände ihres früheren Daheims begrüßten Elisabeth hier wieder und waren von Georg in zartfühlender Weise, um sie durch gleiche Zusammenstellung nicht wehmutsvoll an die Vergangenheit zu erinnern, mit seinem bisherigen Haushalte geschickt und sinnig vereint.

Denselben Abend bestimmte Georg ihren Hochzeitstag, — er hatte die standesamtlichen Papiere bereits eingereicht, — für den 4. April, dem Palmsonntage, an dem Elisabeths Kommunion vor 25 Jahren stattgefunden hatte.

„Das ist der Jubiläumstag meiner Liebe zu dir, Elisabeth," sagte Georg, „denn zum ersten Male ward ich mir derselben voll und klar bewußt, als ich dich in deinem weißen Kleide, so zart und jungfräulich wie all das Blühen und Knospen rings umher, in eurem Gärtchen erblickte, während die Kirchenglocken läuteten und ich dir schüchtern meinen Veilchenstrauß bot."

Da Georg seine Verlobung mit Elisabeth durch ihre verzögerte Rückkehr nicht veröffentlicht hatte, sollte ihre Trauung nur ganz in der Stille stattfinden, was auch ihren eigenen Wünschen voll und ganz entsprach; erst ihre Vermählungsanzeigen sollten der Welt ihr neu erblühtes Glück verkünden.

„Mit innigen Wünschen werden wir aus der Ferne Eurer gedenken," schrieb Erika, „so gern wir unserm lieben Elternpaare, das uns vor fast einem Jahre in glücklicher Vorbedeutung zum Transitar vorangeschritten, jetzt ebenfalls den Brautzug eröffnet hätten!"

Nur für wenige Tage hatten Georg und Elisabeth eine kurze Hochzeitsreise nach dem Rhein geplant; mannigfache Gedenkstätten wollten sie dort aufsuchen, und ihr erstes Ziel sollte Wiesbaden, Elisabeths bisherige Heimat sein, wohin es sie beide zu Kurts stillem Grabe, an die Stätte seines Leidens und ihres Wiederfindens aus innerstem Herzen zog.

Auch Elisabeths ruhige, herzliche Zuneigung für Georg hatte sich seit ihrer Verlobung an dem Feuer seiner Liebe allmählich zu heißerem Empfinden erwärmt; sie fühlte und wußte, daß sein stürmisch schlagendes Herz nur in ihrer Pflege wieder genesen könne und sehnte jetzt gleich ihm mit heißer Sehnsucht ihre Vereinigung herbei.

„Wie endlose Ewigkeiten ziehen sich diese wenigen Tage jetzt dahin," sagte er, „und es dünkt mich fast unglaublich, Geliebte, daß ich fünfundzwanzig Jahre hindurch in Ruhe und Geduld deiner geharrt habe!"

16.

Es war an einem der letzten Tage des März; der erste Hauch des Frühlings wehte durch das kleine Gärtchen vor ihrem Hause, an dessen Pforte Elisabeth wie allabendlich, wenn Georg von seiner anstrengenden Berufstätigkeit heimkehrte, ihn voll sehnender Ungeduld erwartete.

Nach trübem, nebelgrauen Tage spannte sich der Himmel in wolkenloser Bläue über den Bäumen des Tiergartens, deren knospende Blätter sich wie ein grüner Hauch über die noch kahlen Zweige breiteten. Einzelne Vogelstimmen tönten zu der stillen Lauscherin herüber, ringsum aus diesem Winterschlafe ersprießte drängendes Keimen und Werden, so war auch in ihrem eigenen Herzen nach Leid und Trübsal ihres Lebens ein neues, seliges Hoffen im Sonnenschein seiner Liebe erblüht, und unwillkürlich faltete sie ihre Hände zu stillem, dankerfüllten Gebet.

Langsam sank die Dämmerung hernieder, und leise fröstelnd spähte sie mit ihren scharfen Augen die wenigen Häuser bis zum Tiergarten entlang; da sah sie statt seiner hohen, kraftvollen Gestalt den Telegraphenboten um die Ecke biegen und mit schnellen Schritten ihrem Hause zueilen. Wie im plötzlichen Krampf zog sich ihr Herz zusammen, da hielt sie auch schon die Depesche in der Hand, und wortlos, jähes Erschrecken in ihren erblaßten Zügen, reichte sie dieselbe Georg entgegen, der fast gleichzeitig mit dem Boten von der andern Seite hinzutrat.

„Ihres Bruders Zustand nach abermaligem Schlaganfall hoffnungslos, kommen Sie sofort," las er halblaut.

„Gott sei gedankt, der den armen Kranken endlich erlöst hat," setzte er hinzu.

Heiße Tränen entstürzten ihren Augen, und angstvoll ergriff sie seine Hand.

„So mußt du fortreisen, Georg?" fragte sie mit zuckenden Lippen, „noch einmal jetzt sollen wir uns trennen?"

„Sei ruhig, sei verständig, meine geliebte Elisabeth," tröstete er sie mild und liebreich, „wenn mich auch eine traurige Pflicht noch für wenige Tage von deiner Seite ruft, denn ich vermute nach der Depesche des Arztes, daß ich meinen Bruder nicht mehr lebend antreffe. Sowie ich ihn zur Erde bestattet, kehre ich zurück, mein Lieb, zu unsrer Vereinigung, die mein einziger Gedanke ist im Wachen und Träumen," flüsterte er und schlang seinen Arm zärtlich um ihre bebende Gestalt, während sie langsam die Stufen zu ihrem Hause hinaufschritten.

„Laß uns jetzt der Mutter die traurige Nachricht überbringen; welch ein Trost wird es ihr sein, daß ihr Töchterchen während der wehmutsvollen Tage meines Fernseins jetzt bei ihr bleibt," sagte er, als sie Hand in Hand das Wohnzimmer betraten.

Mit liebevollen Worten teilte er der Mutter die längst erwartete Trauerbotschaft mit, die ihn sofort nach K. berief. Ruhig und gefaßt hörte sie ihm zu, und während langsam stille Tränen auf ihre gefalteten Hände fielen, murmelten ihre Lippen ein stilles Gebet für den Frieden des heimgegangenen Sohnes. Der Gesundheitszustand der alten Frau machte für sie selbst die Reise unmöglich, und wie es Georg vorausgesehen, versicherte sie Elisabeth mit rührenden Worten, wie es ihr einziger Trost in diesen trüben Tagen sein werde, die geliebte Tochter bei sich zu haben, während Georg seinem armen Bruder in weiter Ferne zur ewigen Ruhe bestatte. So mußte Elisabeth dem heißen Wunsch ihres Herzens, Georg auf seiner traurigen Reise zu begleiten, nach schwerem Kampfe entsagen, da auch er sie dringend bat, lieber daheim zu bleiben, um seiner Mutter in ihrem tiefen Leide jetzt zur Seite zu stehen.